

DIE WELT

EU-Ausschuss blockiert Datenabkommen mit USA

Im Europaparlament hat der Justizausschuss das umstrittene Bankdatenabkommen (Swift) mit den USA abgelehnt. Eine Mehrheit sprach sich am Donnerstag gegen die Vereinbarung aus, die den Vereinigten Staaten den Zugriff auf Millionen von Daten europäischer Bankkunden gewährt. Wenn das Parlament der Empfehlung folgt, muss das Abkommen ausgesetzt werden. Die SPD-Abgeordnete Birgit Sippel ist „optimistisch“, dass das Plenum Swift ebenfalls blockiert. Das Votum im Ausschuss sei mit 29 gegen 23 Stimmen klar ausgefallen. Befürworter wird der Vertrag vor allem von Konservativen. Kritiker machen geltend, Swift verletze europäische Standards. afp

Obama prangert Ugandas Gesetz gegen Schwule an

US-Präsident Barack Obama hat den ostafrikanischen Staat Uganda öffentlich wegen der Diskriminierung von Homosexuellen angeprangert. Bei einem Auftritt vor christlichen Gruppen am Donnerstag in Washington bezeichnete Obama einen ugandischen Gesetzentwurf, der schwere Strafen für Homosexuelle vorsieht, als „abscheulich“ und „extrem“. Es sei „nicht zumutbar, dass Schwule und Lesben verfolgt werden für das, was sie sind“, sagte Obama. Es war das erste Mal, dass sich Obama selbst zu dem umstrittenen Gesetzentwurf in Uganda äußerte. Das US-Außenministerium hatte das Land bereits zur Aufgabe des Entwurfs aufgefordert. afp

Neue Paramilitärs in Kolumbien aktiv

Die Gewalt in Kolumbien geht nach Angaben von Human Rights Watch zunehmend von neu gegründeten paramilitärischen Gruppen aus. Die rechtsgerichteten Kampfverbände seien für die steigende Zahl der Gräueltaten im Land verantwortlich, heißt es in einem in Bogotá vorgestellten Bericht der Menschenrechtsorganisation. Die neuen Banden stünden in der Nachfolge der inzwischen aufgelösten paramilitärischen Verbände, die von Großgrundbesitzern gegründet wurden. Neue paramilitärische Gruppen seien in 24 der 32 kolumbianischen Provinzen aktiv, ihre Mitgliederzahl werde offiziell auf 4000 geschätzt, hieß es. Human Rights Watch geht aber von 10 000 Kämpfern aus. epd

Kosovo verlangt Visum von Patriarch Irinej

Der serbisch-orthodoxe Patriarch Irinej braucht für seine in einem Kloster im ehemals serbischen Kosovo geplante Amtseinführung ein Visum. Er müsse wie jeder Pilger eine Genehmigung seiner religiösen Aktivitäten beantragen, sagte Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci. Der im Januar gewählte Patriarch will am 25. April im mittelalterlichen Sitz des Oberhauptes der serbischen Kirche in der Stadt Pec formell sein Amt anreten. Serbien erkennt die Selbstständigkeit der unabhängigen Provinz Kosovo nicht an. afp

Krisenstaat Sudan Im Süden des Vielvölkerstaates ist die Hoffnung auf Wohlstand zerstoßen. In Darfur

Die Opfer des Aufschwungs

Das Öl sollte auch dem Südsudan ein wenig Wohlstand bringen – doch jetzt haben die Menschen

Von Johannes Dieterich

Das Bohrloch liegt direkt vor der Hütte. Wenn Nyayiel Puok den Metallhebel bewegt, schießt auch Flüssigkeit aus dem Rohr. Doch trinken kann die 36-jährige Südsudanerin das Wasser nicht. Dann würde sie wieder dort landen, wo sie mit ihren drei Kindern schon viel zu oft gelandet ist – im Krankenhaus. „Kaum waren wir nach Hause zurückgekehrt“, sagt sie, „wurde schon wieder ein anderes der Kinder krank.“ In der Region um Bentiu, der Hauptstadt der südsudanesischen Unity-Provinz, rinnt aus den Brunnen salziges Wasser, zahllose Menschen erkranken an Durchfall, auf den Feldern stirbt das Vieh. Die Wasserexpertin Hella Rüskamp muss nicht einmal warten, bis die Proben vom Brunnen vor Nyayiels Hütte im Labor ausgewertet sind: An ihrem Messgerät schlagen sich weiße Kristalle nieder – die Konzentration der Mineralien liegt deutlich über dem Grenzwert.

Wenige Kilometer weiter sollen vor gut einem Jahr neun Kinder gestorben sein, nachdem sie vergiftetes Wasser getrunken haben. Klaus Stieglitz von der deutschen Hilfsorganisation Hoffnungszeichen vermutet, was das Wasser verschmutzt hat: In der Nähe gähnt ein verlassenes Bohrloch. Eine vermutlich chinesische Gesellschaft hat hier nicht das Öl gefunden, das sie suchte. Andere Bohrungen in der Umgebung verliefen glücklicher: Die Erdölfelder Mala und Thar Jath bestehen aus 36 Quellen, aus denen ein guter Teil der täglich rund 500 000 Barrel umfassenden sudanesischen Erdölproduktion fließt.

Das Öl hat den Aufschwung gebracht, der aber nur in der Hauptstadt Khartum auszumachen ist. Dort schießen Luxushotels, Konferenzzentren und Bürogebäude in die Höhe. Im Süden ist vom Aufschwung dagegen nichts zu spüren. „Unser Ölreichtum hat uns bislang nur Kummer beschert“, klagt der Bischof der Diözese Malakal, Roko Taban Mousa: „Statt dass wir von unseren Bodenschätzen profitieren, wird jetzt auch noch unser Wasser verschmutzt.“ Tatsächlich gehen die chinesischen, indischen und malayischen Öl-Firmen alles andere

als zimperlich vor. Während sonst das mit Kaliumchlorid angereicherte Wasser, das die Bohrlöcher stabilisiert, in tiefegelegene Erdschichten gepumpt wird, lässt man es hier einfach versickern.

Hoffnungszeichen ist bereits seit zwei Jahrzehnten im Südsudan aktiv, wo sich afrikanische Christen und muslimische Araber den längsten Bürgerkrieg Afrikas lieferten. Als ein Friedensvertrag vor über vier Jahren die Gefechte beendete und Explorationsfirmen im Grenzgebiet zwischen dem

Rier wurde eine Schule versprochen. Jetzt gibt es dort nicht mal mehr Toiletten

arabisch kontrollierten Norden und dem afrikanisch besiedelten Süden bedeutende Ölvorräte entdeckten, schien eine Ära des Wohlstands anzubrechen – doch die Hoffnungen trügten.

Zwar hat der Friedensvertrag bislang gehalten: Sollte der Süden jedoch beim Volksentscheid 2011 wie erwartet für eine Abspaltung votieren, wird mit einem erneuten Ausbruch der Gewalt gerechnet. Schon heute sehen sich die Südsudanesen vom arabischen Norden um die Früchte ihres Ölreichtums betrogen: „Es ist schon schlimm“, meint Stieglitz, „wenn man mit ansehen muss, wie die Ölgesellschaften die Arglosigkeit der Bevölkerung ausnutzen.“

Zum Beispiel Rier. Vor zehn Jahren lag das Dorf noch an der Strecke zwischen Bentiu und Leer – vom Volksmund die „Straße des Blutes“ genannt, weil die Regierungsarmee dort jeden Kilometer der Erdölarterie gegen die südsudanesischen Rebellen erkämpfte. Wo Rier lag, sollte die zentrale Produktionsanlage des Thar-Jath-Ölfelds errichtet werden: Also wurden die zweieinhalbtausend Bewohner umgesiedelt. Rund 30 Kilometer entfernt wurden ihnen Häuser, Schulen und Hospitäler versprochen von denen noch Jahre später nichts zu sehen ist.

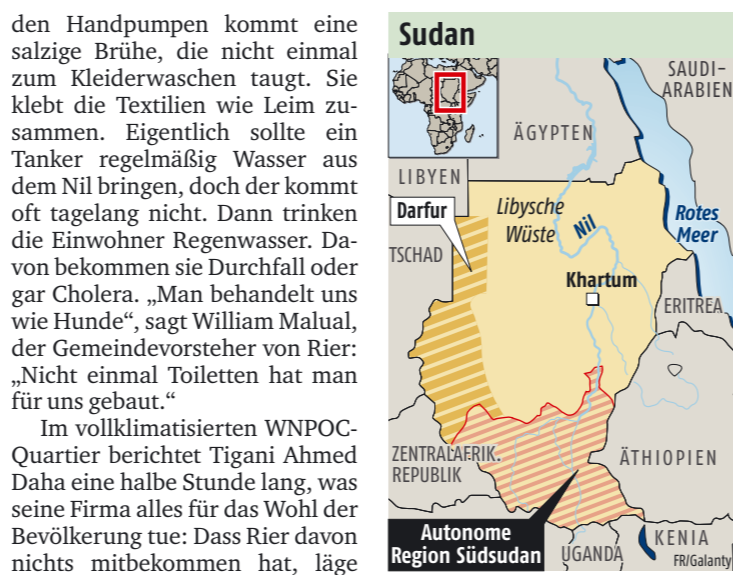
Über Rier hängt eine Glocke der Schwermut. Die Bretterhütten des Dorfes sind mit leeren Säcken abgedichtet. Eines der wenigen gemauerten Gebäude ist eine einräumige Polizeistation: Als Gefängnis dient ein Container. Aus



Trinken verboten: Der Menschenrechtler Klaus Stieglitz nimmt neben dem

Bohrloch eine Wasserprobe.

DIETERICH



Sudans Präsident al-Baschir droht Anklage wegen

Berufungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs sieht genügend Hinweise auf das schwerste

Von Pierre Simonitsch

Dem Präsidenten des Sudan, Omar al-Baschir, steht eine Anklage wegen Völkermord ins Haus. Eine Kammer des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) in Den Haag hat entschieden, dass die Politik und Kriegsführung der sudanesischen Regierung in Darfur den Tatbestand des Genozids erfüllen. Im März vergangenen Jahres hatte der ICC einen internationalen Haftbefehl gegen Al-Baschir und einige seiner engsten

Mitarbeiter erlassen. Den Angeklagten werden schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Für das schwerste aller Verbrechen, nämlich den unverjährbaren Völkermord, reichten die Indizien nicht aus, befanden damals die Richter. Es wäre das erste Mal, dass sich ein amtierender Regierungschef einem solchen Verfahren stellen müsste.

Die Berufungskammer des Weltstrafgerichtshofs forderte jetzt die Anklage auf, ihren „Ir-

tum“ zu korrigieren. Nach Auffassung der Revisoren liegen genügend Beweise vor, um gegen Al-Baschir und seine Komplizen Anklage wegen Völkermord zu erheben. Den Schätzungen der UN zufolge hat der 2003 ausgebrochene Krieg in Darfur bisher 300 000 Todesopfer gefordert. 2,7 Millionen Menschen leben seit Jahren in Flüchtlingslagern, ohne Aussicht auf Rückkehr in ihre Dörfer.

Als weiteren Hinweis dafür, dass das sudanesisches Regime ethnische Gruppen ausrotten

oder vertreiben möchte, sieht die Berufungskammer des ICC die Ausweisung von 13 internationalen Hilfswerken aus Darfur. Durch den erzwungenen Abzug der Helfer sei die Lage der in Zeltstädten zusammengepferchten Menschen noch dramatischer geworden.

„Al-Baschir sollte sich einen Anwalt nehmen“, rief ICC-Chefankläger Luis Moreno Ocampo am Mittwoch. Ein sudanesischer Regierungssprecher erklärte hingegen, dass die neuen Beschuldigungen den Präsidenten nicht ab-

hungern weiterhin Hunderttausende Flüchtlinge.

nicht mal mehr sauberes Wasser

In Russland erwacht die Opposition

Politiker und Experten fordern Reformen

Von Viktor Funk

Kaliningrad, 30. Januar: Mehr als 10 000 Russen demonstrieren gegen höhere Auto-Steuern, für die Absetzung des Gouverneurs Georgi Boos und des Premierministers Wladimir Putin. Moskau, 2. Februar: Der drittmächtigste Mann im Lande, Sergei Mironow, Vorsitzender der kremlnahen Partei „Gerechtes Russland“, greift die Regierung an und dabei besonders Premierminister Putin. Moskau, 3. Februar: Die Denkfabrik „Insof“, deren Gründer kein Geringerer als Russlands Präsident Dmitri Medwedew ist, stellt einen Zukunftsbericht für das flächenmäßig größte Land der Welt vor und fordert radikale Reformen – es ist eine offene Abrechnung mit dem System Putin.

Der 68-seitige Bericht des „Instituts für aktuelle Entwicklung“ fordert die Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen, die Verkürzung der Präsidentenamtzeit von sechs auf fünf Jahre, den Aufbau eines Mehrparteiensystems, einer unabhängigen Justiz und die Reform der Sicherheitsstrukturen. Auch eine Mitgliedschaft in einer reformierten Nato sei das Ziel.

In Teilen erinnert das Papier an Verhältnisse in den 90er Jahren, doch einer der Autoren und Vorsitzenden des Instituts, Jewgenij Gontmacher, betont, dass „wir ganz und gar nicht zurück in die 90er wollen“. Gontmacher weiß, dass viele Russen die 90er Jahre mit Chaos, Armut und auch Hunger verbinden.

Kritiker bleiben misstrauisch

Das Institut steht Medwedew nahe. Schon mehrfach hatte der jetzige Präsident versucht, von Putin geschaffene Strukturen zu reformieren. Doch bisher hat er weder die Einsetzung von Gouverneuren aufgehoben noch die intransparenten Prozesse gegen ehemalige Oligarchen wie Michail Chodorkowski verhindert, noch mehr Pressefreiheit geschaffen. Mit dem Bericht spricht seine Denkfabrik nun erstmals umfassend von einem anderen, liberaleren Russland.

Doch Oppositionspolitiker trauen Medwedew nicht zu, dass er sich aktiv gegen Putin stellt. „Die Autoren des Berichts sitzen in einer Zwickmühle. Sie arbeiten für Medwedew und können deshalb nicht das Wichtigste sagen. Dass nämlich unter Medwedew und Putin dieses Reformen nicht möglich sind“, kommentierte der ehemalige Vizepremier und Kreml-Kritiker Boris Nemzow, „Medwedew ist Putin loyal ergeben.“ Nemzow setzt auf die Kraft „der Straße“, wie er sagt. Und hat auch deshalb die Proteste in Kaliningrad unterstützt.

Was in Kaliningrad geschah, hat den Kreml kalt erwischt: Seit 1993, als es zu bürgerkriegsähnlichen Situationen in Moskau kam, waren nicht mehr so viele Menschen gegen die Regierung auf der Straße gegangen. Mitorganisator der Demonstration war die neue

Bewegung „Solidarnost“, die das Erbe der gescheiterten Oppositionsgruppe „Das andere Russland“ übernommen hat. Doch während das vor allem Prominente wie Gari Kasparow die Unzufriedenen zu mobilisieren versuchten, geht „Solidarnost“ andere Wege. „Wir verzichten ganz bewusst auf Führungsfiguren. Das Volk hat die Nase voll von Leadern“, erläutert ein hochrangiges Mitglied der Bewegung im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau. „Außerdem hat es den Vorteil, dass der Kreml nun nicht mehr gegen Einzelne vorgehen kann.“

Den Zukunftsbericht hält der „Solidarnost“-Mann bloß für heiße Luft. Bisher habe Medwedew viel geredet und wenig umgesetzt. „Er spielt mit Putin nur ein altes Spiel – er ist der gute Bulle und Putin der schlechte.“

Kreml reagiert sensibel

Den Protest in Kaliningrad, einer strategisch wichtigen russischen Exklave innerhalb der EU, lassen Putin und Medwedew nun von eigenen Leuten untersuchen. Sie sollen zudem eine Gegenkundgebung zum morgigen Samstag organisieren. Fraglich ist zudem, ob der von Moskau ernannte Gouverneur Georgi Boos sich noch lange halten kann.

In ähnlich schwieriger Lage sieht sich nun auch Sergei Mironow. In einer Talkshow kritisierte er offen die Maßnahmen Putins gegen die Wirtschaftskrise, die Russland stark erwischt hat. Seit seinem Auftritt am Dienstagabend konfrontieren ihn Mitglieder der eigenen Partei und der offiziellen Putin-Partei „Einiges Russland“ mit Forderungen, als Präsident des russischen Senats zurückzutreten. Er weigert sich und sieht sich genötigt zu erklären, was seine Aufgabe laut Verfassung ist: Als Vorsitzender einer Oppositionspartei müsse er die Regierung auch kritisieren.

Sollte der Suchmaschinenbetreiber tatsächlich die NSA um Hilfe gebeten haben, wäre das eine brenzlige Kombination. Der US-Abhördienst gilt als weltgrößter Datenstaubsauger. Neben elektronischer Spionage betreibt die NSA ein weit gefächertes Überwachungsnetz des internationalen Telefon- und Internetverkehrs. In den USA geriet die Behörde 2005 wegen Lauschangriffen auf US-Bürger in die Kritik, bei denen sich die Bush-Regierung über bestehende Gesetze hinweggesetzt hatte. Unter massivem Druck aus Washington hatten nach dem 11. September 2001 viele US-Firmen der NSA zudem Zugriff auf Kundendaten gewährt.

Wie genau der Abhördienst Google jetzt helfen soll, Sicherheitslücken zu schließen, ist nicht bekannt. Laut Washington Post haben seit Jahren auch andere Firmen die NSA um Hilfe gebeten. Kein Geheimnis ist hingegen, dass auch die Obama-Regierung über zunehmende Versuche elektronischer Wirtschaftsspionage bei US-Schlüsselunternehmen alarmiert ist. Geheimdienstdirektor Dennis Blair nannte die Cyberattacken auf Google „einen Weckruf“. Zahl und Niveau solcher Angriffe wüchsen beispiellos. Um den US-Datenverkehr sicherer zu machen, hatte Präsident Barack Obama im Dezember einen „Cyber-Zaren“ berufen. Kritiker sehen in der Allianz indes den Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.



Präsident Medwedew (l.) und sein Förderer Premier Putin. AFP

Lauscher gegen Hacker

Google bedient sich des US-Abhördienstes NSA

Von Dietmar Ostermann

WASHINGTON. Der Suchmaschinen-Riese Google hat laut US-Medien den Abhördienst NSA um Hilfe bei der Abwehr von Hackerangriffen gebeten. Über die Allianz berichteten am Donnerstag die Washington Post und das Wall Street Journal. Ziel ist, die weltweit populärste Suchmaschine besser vor Cyberattacken zu schützen. Kundendaten sollten dem US-Geheimdienst aber nicht zugänglich gemacht werden, beteuerten die Quellen. Offizielle Stellungnahmen gab es zunächst nicht.

Google war seit Dezember wiederholt Opfer von Hackerangriffen aus China geworden. Am 12. Januar berichtete der kalifornische Internetgigant von Angriffen auf seinen eigenen Quellcode sowie die Computersysteme von mindestens 34 großen US-Firmen. Auch die Internet-Kommunikation chinesischer Menschenrechtsaktivisten soll betroffen gewesen sein.

In den USA wird die chinesische Regierung hinter den Angriffen vermutet. Zu den Zielen gehörten US-Rüstungsfirmen wie Northrop Grumman und führende High-Tech-Unternehmen wie die Softwareschmieden Symantec oder Adobe. Die Hacker sollen über Sicherheitslücken bei Googles E-Maildienst Gmail in die Firmennetze eingedrungen sein.

Sollte der Suchmaschinenbetreiber tatsächlich die NSA um Hilfe gebeten haben, wäre das eine brenzlige Kombination. Der US-Abhördienst gilt als weltgrößter Datenstaubsauger. Neben elektronischer Spionage betreibt die NSA ein weit gefächertes Überwachungsnetz des internationalen Telefon- und Internetverkehrs. In den USA geriet die Behörde 2005 wegen Lauschangriffen auf US-Bürger in die Kritik, bei denen sich die Bush-Regierung über bestehende Gesetze hinweggesetzt hatte. Unter massivem Druck aus Washington hatten nach dem 11. September 2001 viele US-Firmen der NSA zudem Zugriff auf Kundendaten gewährt.

Wie genau der Abhördienst Google jetzt helfen soll, Sicherheitslücken zu schließen, ist nicht bekannt. Laut Washington Post haben seit Jahren auch andere Firmen die NSA um Hilfe gebeten. Kein Geheimnis ist hingegen, dass auch die Obama-Regierung über zunehmende Versuche elektronischer Wirtschaftsspionage bei US-Schlüsselunternehmen alarmiert ist. Geheimdienstdirektor Dennis Blair nannte die Cyberattacken auf Google „einen Weckruf“. Zahl und Niveau solcher Angriffe wüchsen beispiellos. Um den US-Datenverkehr sicherer zu machen, hatte Präsident Barack Obama im Dezember einen „Cyber-Zaren“ berufen. Kritiker sehen in der Allianz indes den Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Viele Angriffe kommen aus China